

## Handeln beginnt vor Ort – Deutschlands Verantwortung für den globalen Klimaschutz

Gegenstand: Klimaschutz

Anmerkungen: Beschluss

## Handeln beginnt vor Ort – Deutschlands Verantwortung für den globalen Klimaschutz

31.5.2015

1 Vom 30. November bis zum 11. Dezember 2015 findet in Paris die nächste UN-  
2 Klimakonferenz (COP21) statt. Wir müssen es schaffen, den globalen  
3 Temperaturanstieg auf allerhöchstens 2 Grad zu begrenzen. Dafür muss ein Großteil  
4 der weltweiten Vorräte an Kohle, Öl und Gas im Boden bleiben, auch in Nordrhein-  
5 Westfalen. Das ergibt sich nicht nur aus den ökologischen Tatsachen, sondern ist auch  
6 unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten geboten: denn Nichthandeln wird teurer als  
7 Handeln – das hat nicht nur der jüngste Bericht des Weltklimarates IPCC gezeigt. Die  
8 Folgen der Klimakrise sind durch Extremwetterlagen wie Dürren, Unwetter, Orkane  
9 schon heute global und auch hier bei uns zu spüren. Klimaschutz vermeidet ansonsten  
10 bereits absehbare Konflikte und Kriege um knapper werdende Ressourcen.

### 11 **Deutschland in besonderer Verantwortung**

12 Deutschland hat dabei als führendes Industrieland in der EU eine besondere  
13 Verantwortung. Aber die lauwarmen Worte der Bundesregierung, die im Vorfeld der  
14 Gipfel von Paris und Elmau abgegeben werden, sind durch die widersprüchliche Politik  
15 oft nur hohle Phrasen. Wenn Deutschland selbst beim Klimaschutz nicht liefert,  
16 verspielen wir damit unsere internationale Glaubwürdigkeit. Dabei ist gerade in diesem  
17 Jahr konkretes Handeln bei Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung gefragt. Bis 2050  
18 müssen dazu die Treihausgasemissionen in Deutschland um 80-90% gegenüber 1990  
19 reduziert werden. Dazu müssen wir die Stromerzeugung vollständig auf Erneuerbare  
20 Energien umstellen und dazu jetzt die Weichen stellen.

21 Bundestag und Bundesregierung haben in Dezember 2014 noch einmal das nationale  
22 Klimaschutzziel von minus 40% der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990  
23 bekräftigt. Derzeit hat Deutschland seine Emissionen aber erst um 27% seit 1990  
24 reduziert – der große Teil davon infolge des Niedergangs der DDR-Wirtschaft. In den  
25 bis 2020 verbleibenden knapp fünf Jahren braucht Deutschland demnach eine erheblich

26 ambitioniertere Klimapolitik als in der Vergangenheit, um die verbleibende Lücke zum  
27 Klimaschutzziel schließen zu können.

28 Das sog. „Klimaaktionsprogramm 2014“ der Bundesregierung wird diesem Anspruch in  
29 keiner Weise gerecht: Ein Großteil der darin aufgeführten Emissionsminderungen sind  
30 Luftbuchungen und durch keine oder nur unzureichende Maßnahmen hinterlegt. So  
31 findet Klimaschutz im Verkehr praktisch nicht statt. Der Bund verweigert Ländern und  
32 Kommunen die nötigen Mittel zum Ausbau des klimafreundlichen ÖPNV. Die  
33 Bundesregierung wird auch das Ziel, eine Million Elektrofahrzeuge bis 2020 auf die  
34 Straße zu bringen, krachend verfehlen, weil die Förderung von Elektromobilität nicht  
35 über Symbolpolitik hinauskommt. Das wichtigste Instrument für den Klimaschutz im  
36 Gebäudebereich sollte nach den Vorstellungen der Bundesregierung der Steuerbonus  
37 für die energetische Gebäudesanierung werden. Trotz eines Konsenses mit 15  
38 Bundesländern ließ die CSU den Steuerbonus und damit das Kernelement der  
39 Effizienzpolitik der Bundesregierung scheitern. Nur ein halbes Jahr nach seiner  
40 Verabschiedung ist schon klar, dass entscheidende Bausteine des  
41 Klimaaktionsprogramms der Bundesregierung nicht umgesetzt werden. Damit rückt das  
42 Erreichen des Klimaschutzziels 2020 in immer weitere Ferne.

### 43 **Klimaschutz in NRW ist Klimaschutz von unten**

44 Wir Grüne wissen um die Kreativität, Kraft und Kompetenz zivilgesellschaftlichen  
45 Engagements, denn wir haben als Partei unsere Wurzeln in Initiativen, Bewegungen,  
46 Umwelt- und Naturschutzverbänden, die eines verbindet: die leidenschaftliche Arbeit an  
47 der Zukunft. Darauf können wir bauen: Klimaschutz in NRW ist Klimaschutz von unten!

48 Er findet in den Städten und Dörfern, in den Wohnquartieren, auf den Dächern und in  
49 den Heizungskellern unserer Häuser, in den Produktionshallen unserer Unternehmen,  
50 auf den Straßen, Wasserstraßen und Schienenwegen, in den Küchen und Kantinen, auf  
51 dem Bauernhof genauso wie an der Ladentheke statt. Bei uns leben 18 Mio. potentielle  
52 Klimagenossinnen und Klimagenossen: NRW ist ein klimapolitischer Tausendfüßler!

### 53 **Grüner Dreisprung: Klimaschutz-Startprogramm – Klimaschutz-** 54 **Gesetz – Klimaschutz-Plan**

55 Seit 2010 wurde in NRW dazu ein stabiler Rahmen gezimmert: 2011 der Startschuss  
56 mit dem KlimaschutzStartprogramm, 2013 folgte das bundesweit erste  
57 Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Minderungszielen, und – nach einem breiten  
58 Beteiligungsprozess – nun im Frühling 2015 die Vorlage des Klimaschutzplans NRW.  
59 Mit festen Verabredungen beginnt der Weg in ein neues Energiezeitalter mit eindeutig  
60 grüner Handschrift:

- 61 • Mit Wind, Sonne, Wasserkraft und Biomasse machen wir NRW rundherum  
62 erneuerbar!

- 63 • Wir setzen auf dezentrale Technologien und Systemlösungen bei Speichern,  
64 Netzen und mit intelligentem Management!
- 65 • Wärme spielt bei uns keine Nebenrolle: Mit KWK machen wir NRW zum  
66 Effizienzland Nr. 1!
- 67 • Durch die Sanierung unserer Gebäude heben wir die Effizienzpotentiale und  
68 sorgen für mehr Tempo!
- 69 • Wir wollen klimafreundlich mobil sein und Verkehrswende in NRW erfolgreich  
70 gestalten!
- 71 • Wir streiten für eine klimaverträgliche Land- und Forstwirtschaft. Denn auch  
72 jenseits von Strom und Wärme spielt die Musik!
- 73 • Wir wollen mehr Effizienz und weniger Energieverschwendung in den eigenen  
74 vier Wänden. Denn Klimaschutz beginnt Zuhause!
- 75 • Last but not least: Wir wollen unserer Vorbildfunktion als klimaneutrale  
76 Landesverwaltung und Hochschulen bis 2030 gerecht werden!

77 GRÜNE setzen beim Klimaschutz ausdrücklich auf die Partnerschaft mit Industrie und  
78 Wirtschaft! Dafür müssen in kurzer Zeit neue – erneuerbare – und kohlenstoffarme  
79 Lösungen entwickelt werden. Das gelingt nur mit neuen industriellen Technologien,  
80 Innovationen und der vollständigen Transformation wirtschaftlicher Strukturen! Eine  
81 Industrie, die auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit setzt, ist nicht Teil des Problems,  
82 sondern Teil der Lösung.

83 Klimaschutz in NRW hat ein Gesicht: Über 120 Städte und Gemeinden zwischen Rhein  
84 und Weser haben bereits eigene Klimaschutzkonzepte aufgelegt. Rund 300 NRW-  
85 Kommunen bilanzieren inzwischen ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen, über 115 Kommunen aus  
86 NRW nehmen am European Energy Award teil. Auf diese Dynamik setzen wir.

### 87 **Über die Kohle hinaus: den Wandel klug gestalten!**

88 Wem es ernst ist mit dem Klimaschutz, für den führt kein Weg daran vorbei: Alle  
89 müssen ihren Beitrag zur Erreichung dieses Ziels leisten – auch die  
90 Braunkohleverstromung. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Rheinischen Revier – etwa 10% aller  
91 Emissionen in Deutschland – sind seit Jahren aber unverändert hoch. Einen Beitrag  
92 zum Klimaschutz hat die Braunkohle in NRW bis heute nicht geleistet. RWE – Betreiber  
93 von Braunkohletagebauen und –kraftwerken – hat in den 20 Jahren sämtliche  
94 Versprechen gebrochen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Braunkohle zu reduzieren.

95 Um das Klimaschutzziel zu erreichen, hat der Bundeswirtschaftsminister einen  
96 Vorschlag gemacht, der der gesamten Energiewirtschaft nur einen Einsparbeitrag von  
97 22 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> abverlangt. Nach wie vor müssten die Kraftwerke Deutschlands  
98 aber mindestens 70 Mio. Tonnen einsparen, doch Gabriel ist eigentlich unverantwortlich  
99 großzügig zur Energiebranche. Dass in NRW dennoch von einer skurrilen Koalition der

100 Braunkohlefreunde ein schrilles Untergangsgeschrei angezettelt wird, ist absurd. Da  
101 sollen über 100.000 Arbeitsplätze gefährdet sein, in einer Branche, die deutschlandweit  
102 nicht mal mehr 20.000 Beschäftigte hat. Als zehntausende Arbeitsplätze in der  
103 Solarwirtschaft von der Großen Koalition vernichtet und die Biogas-Branche aus dem  
104 Land getrieben wurde, war von diesen Gewerkschaften und Industrieverbänden nichts  
105 zu hören. Inzwischen hat Gabriel seinen Vorschlag einer Kohleabgabe weiter  
106 aufgeweicht: Es sollen nur noch 16 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> im Kraftwerkssektor eingespart  
107 und ausgereicht die ältesten Braunkohlekraftwerke geschont werden. Angesichts  
108 dessen ist es richtig, andere wirkungsvolle Instrumente in die Debatte einzubringen.  
109 Entscheidend ist die tatsächliche Emissionsreduktion, nicht das Instrument.

### 110 **Nicht Klimaschutz sondern Missmanagement gefährdet Arbeitsplätze** 111 **bei RWE**

112 Wenn bei RWE Arbeitsplätze gefährdet sind, so liegt das nicht am Klimaschutz, sondern  
113 am Missmanagement der Konzern- und Gewerkschaftschefs, die die Erneuerbare  
114 Zukunft der Energiewirtschaft erst ausgelacht, dann ignoriert, schließlich bekämpft und  
115 die ganze Zeit verschlafen haben. So wurden Milliarden Gewinne aus der Braunkohle  
116 nicht in zukunftsfähige Technologien und Arbeitsplätze investiert, sondern auf  
117 Abenteuerspielplätzen im In- und Ausland verzockt. Geblieben ist ein gigantischer  
118 Schuldenberg, ein nicht mehr zukunftsfähiges Geschäftsmodell und die Zweifel, ob der  
119 Konzern überhaupt noch in der Lage ist, für seine teilweise hochgefährlichen Altlasten  
120 bei Atom und Braunkohle aufzukommen. Gerade Letzteres muss NRW und die  
121 Braunkohleregion in Rheinland mit großer Sorge erfüllen. Bis heute gibt es keine  
122 insolvenzfesten Sicherheitsleistungen und die genauen Ewigkeitskosten der Braunkohle  
123 sind noch nicht einmal beziffert.

### 124 **Braunkohle gefährdet zukunftsfähige Arbeitsplätze in der** 125 **Energiewirtschaft**

126 Es ist absurd, wenn im Energiewendeland Deutschland über 40 Jahre alte,  
127 klimaschädliche Braunkohlekraftwerke weiterlaufen sollen, aber hocheffiziente und  
128 flexible Gaskraftwerke wie z. B. Hürth stillstehen und sogar demontiert werden sollen,  
129 weil sie gegen den Braunkohlestrom keine Chance haben. Dieser hat wegen des  
130 unwirksamen Emissionshandels nämlich einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil.  
131 Deshalb unterstützen die Stadtwerke und viele andere Unternehmen der  
132 Energiewirtschaft ausdrücklich die Klimaschutzabgabe. Braunkohle gefährdet nämlich  
133 zehntausende Arbeitsplätze bei Stadtwerken, bei Erneuerbaren Energien, bei Kraft-  
134 Wärme-Kopplung – auch und gerade in NRW.

### 135 **Nicht länger die Realitäten verweigern: Kohle ist ein Auslaufmodell**

136 Dabei ist allen das Unvermeidliche klar: Die Zeit der Braunkohle neigt sich dem Ende  
137 zu. Zurück bleibt eine zerstörte Heimat, viele ungedeckte Schecks für alle Ewigkeit und

138 große Verletzungen bei vielen Menschen. Deshalb ist klar: Niemand will neue Tagebaue  
139 und neue Kohlekraftwerke. Jetzt steht die Aufgabe an, das Auslaufen und den  
140 Übergang zu organisieren: Braunkohle ist auf dem Weg in das Zeitalter der  
141 Erneuerbaren nicht kompatibel mit den Klimaschutzzielen.

142 Aber die Freunde der Braunkohle sind gerade dabei, die Fehler des Ruhrgebiets in der  
143 Steinkohle aus den 1990er Jahren zu wiederholen und die Realitäten zu verweigern.  
144 Die Förderung und Verstromung von Kohle ist ein Auslaufmodell – nicht nur in  
145 Deutschland sondern auch weltweit, wenn wir es mit Klimaschutz ernst meinen.

146 Wir Grüne haben unsere politische Agenda in Sachen Braunkohle klar. Auf dem Weg  
147 aus der Braunkohleverstromung haben wir in NRW bereits Erfolge zu verzeichnen: Mit  
148 der neuen Leitentscheidung zu Garzweiler II wird zum ersten Mal in der Geschichte die  
149 Verkleinerung eines Braunkohletagebaus auf den Weg gebracht. Ziel der  
150 Leitentscheidung ist es, den ca. 1400 Menschen in der Ortslage Holzweiler, dem  
151 Hauerhof und dem Siedlungssplitter Dackweiler eine Umsiedlung zu ersparen. Die  
152 Rahmenbedingungen in der europäischen und deutschen Energiewirklichkeit haben  
153 sich seit der letzten Leitentscheidung einer Landesregierung zur Braunkohle in 1991  
154 deutlich verändert. Es geht darum, auf der Basis des Koalitionsvertrags und der  
155 energie- und klimapolitischen Ziele des Klimaschutzplans NRW eine neue  
156 Leitentscheidung zu erarbeiten. Mit der neuen Leitentscheidung sollen vor allem eine  
157 Reduzierung der Kohlefördermengen, eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der  
158 Braunkohlenverstromung, eine Effizienzsteigerung und Flexibilisierung der  
159 Braunkohlenverstromung und des Kraftwerkparks und ein Ausbau erneuerbarer  
160 Erzeugungskapazitäten im Rheinischen Braunkohlenrevier konkretisiert werden.

161 Dabei müssen diesmal die berechtigten und schutzwürdigen Interessen aller Anrainer  
162 des Tagebaus besonders im Mittelpunkt stehen.

163 Deutschland muss mit gutem Beispiel vorangehen und in allen Bereichen CO<sub>2</sub>  
164 -Emissionen reduzieren. Dazu gehört selbstverständlich auch die Braunkohle. Wenn die  
165 Bundesregierung ihrer Verantwortung für den globalen Klimaschutz gerecht werden und  
166 zum Erfolg der internationalen Klimapolitik in Elmau und in Paris entscheidend  
167 beitragen will, muss sie Taten folgen lassen. Eine solche Politik nutzt nicht nur dem  
168 Klima sondern macht unsere Wirtschaft fit für die Märkte der Zukunft.

### 169 **Klimabewegung kennt keine Grenzen: Gemeinsam für konsequenten** 170 **Klimaschutz**

171 Daher mobilisieren wir Grünen gemeinsam mit der Umweltbewegung zu einem  
172 dezentralen Klimaaktionstag am 29. November. Außerdem rufen wir auf, am 12.  
173 Dezember die französischen Grünen und Ökologiebewegung bei ihren Protesten in  
174 Paris vor Ort zu unterstützen.